



KPÖ-Gemeinderatsklub

8011 Graz – Rathaus
Hofgebäude, Zimmer 114–118

Tel.-Nr.: + 43 (0) 316 – 872 2150
+ 43 (0) 316 – 872 2151
+ 43 (0) 316 – 872 2152
+ 43 (0) 316 – 872 2153

Fax: + 43 (0) 316 – 872 2159

E-Mail: kpoe.klub@stadt.graz.at

Gemeinderat Manfred Eber

Donnerstag, 14. Februar 2019

Antrag zur dringlichen Behandlung
(gemäß §18 der Geschäftsordnung des Gemeinderates)

Betrifft: **EU-Dienstleistungsrichtlinie**

Mit der Europäischen Dienstleistungsrichtlinie, bekannt auch unter dem Namen "Bolkestein-Richtlinie" wurde der Dienstleistungsmarkt in der EU bereits 2006 liberalisiert. Erst nach zahllosen Protesten wurde diese Richtlinie etwas entschärft, sahen doch v. a. Gewerkschaften eine gefährliche Abwärtsspirale in Gang gesetzt - zunehmende Deregulierung auf der einen, Entschärfung der Kontrollmöglichkeiten auf der anderen Seite.

Grundsätzlich fallen auch Aufgaben der Daseinsvorsorge wie Altersheime, Kinderbetreuung, Behinderteneinrichtungen, Müllabfuhr unter diese Bestimmungen. "Grundsätzlich" deshalb, weil Voraussetzung für die Anwendbarkeit der Dienstleistungsrichtlinie ist, dass diese Dienstleistungen unter Marktbedingungen erbracht werden.

Nunmehr soll eine "Notifizierungsrichtlinie" bis auf die Ebene der Kommunen für weitere Deregulierungen sorgen. Entscheidungen von Ländern und Gemeinden im Bereich der Dienstleistungen sollen in Zukunft bereits drei Monate vor Beschlussfassung an die EU-Kommission gemeldet werden müssen. Diese hat dann mit einfacher Mehrheit die Möglichkeit, Entscheidungen rückgängig zu machen bzw. erst gar nicht zuzulassen. Der Gemeinderat von Amsterdam hat dagegen bereits protestiert. Eine gewünschte Verschärfung der Regeln für Airbnb wäre mit den neuen EU-Regeln nicht mehr machbar.

Betroffen von der EU-Dienstleistungsrichtlinie sind nahezu alle Bereiche, von der Stadtplanung über Verbraucherschutz, von der Energie- und Wasserversorgung bis zum Arbeitsrecht, von Wohnen bis zur Gesundheit.

Insgesamt haben sich bereits über 160 Bürgermeister, NGO's, Parteien und Institutionen in ganz Europa gegen diese neue Richtlinie ausgesprochen, darunter auch der ÖGB und die Arbeiterkammer.¹

Der EU-Ausschuss des österreichischen Bundesrats hat in seiner Sitzung am April 2017 folgende bemerkenswerten Mitteilung an die EU-Kommission, das EU-Parlament und den Rat beschlossen: "Angesichts der vorgebrachten substantiellen Bedenken hält der Vorschlag einer Prüfung der Subsidiarität nicht statt. Der Bundesrat erachtet den Vorschlag für zu weitgehend und als überschießenden Eingriff in die Subsidiarität und Gesetzgebungshoheit der Mitgliedsstaaten".

Ich stelle daher namens des KPÖ-Gemeinderatsklubs folgenden

Antrag zur dringlichen Behandlung

(gemäß §18 der Geschäftsordnung des Gemeinderates)

- 1) Der Gemeinderat der Stadt Graz spricht sich entschieden gegen die Verabschiedung der "Dienstleistungsrichtlinie" aus
- und
- 2) Der Gemeinderat der Stadt Graz unterstützt den Aufruf "Stop the EU's Services Notification Procedur".

¹ https://corporateeurope.org/sites/default/files/attachments/open_letter_updated_20190114.pdf